

Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Wie sieht es damit an den Hochschulen aus?

Die Soziale Situation der Studierenden

Der Studentenwerks-Präsident im Interview

Der Bologna-Prozess

Eine gute Idee wird kaputt gemacht.

Sommersemester 2009

Zeitung von CampusGrün Hamburg - der Grünen Hochschulgruppe

CAMPUSGRÜN

WWW.CAMPUSGRUEN.ORG



Liebe Studis,

In Zeiten, in denen Atomstrom ökologisch ist und die Abwrackprämie umweltfreundlich, umschließt der Begriff des „grün sein“ fast alles. War ökologisches Denken früher ein Randthema, ist spätestens mit dem Bewusstsein, dass der Klimawandel kein ferner, entrückter Begriff ist, die Sorge um unsere Umwelt gesellschaftsfähig geworden.

Dabei ist nicht nur der Gedanke an die grüne Umwelt wichtig, sondern im Fokus befinden sich auch das Zusammenleben in der Gesellschaft und der Mitmenschen.

Unser Lebensraum als Studierende ist dabei vor allem die Uni und der Campus. Wir von CampusGrün finden, dass es sich lohnt Missstände aufzudecken und für Verbesserungen zu kämpfen, denn schließlich betrifft es uns alle.

Auf den nächsten Seiten soll es darum gehen was uns an der Uni Hamburg besonders am Herzen liegt.

CampusGrün wünscht eine interessante Lektüre!

Kommentar zu STiNE

Das Projekt „STiNE“ ist als Entwicklungspartnerschaft angelegt. D.h., dass ein noch nicht fertiges Produkt an die Bedürfnisse der Uni Hamburg angepasst und weiter entwickelt werden soll. Prinzipiell keine schlechte Idee, da eine Hochschule selbst am besten weiß, was sie benötigt.

Um diese Entwicklung sinnvoll zu ermöglichen, muss allerdings offen über den aktuellen Status und die bekannten Probleme gesprochen werden. Genau dies ist jedoch nicht passiert, die meisten der teilweise mehrmals monatlichen Updates und die damit einhergehenden Änderungen wurden von den meisten Studierenden (uns eingeschlossen) nicht bemerkt.

Wenn darüber hinaus nicht einsehbar ist, welche Probleme schon bekannt oder in Arbeit sind, kann es keine sinnvolle Beteiligung von Studierenden an der Einführung von STiNE geben - egal wie fehlerfrei die Software jetzt sein möge. In diesem Zustand ist man dazu verdammt, entweder unqualifiziert an dem System herumzunörgeln oder nichts zu sagen, obwohl man täglich mit Fehlern konfrontiert ist.

Arne, CampusGrün Hamburg



Gute Hochschulpolitik ist GRÜN

Grüne Hochschulpolitik heißt:

- gute Lehre, flexibles Studieren
- ehrliche Mitbestimmung
- Bio-Essen in der Mensa
- umfassende Studienfinanzierung
- Diskriminierungsfreiheit
- Ökologisches Gebäudemanagement
- ein durchlässiges Bildungssystem
- eine gute soziale Infrastruktur
- und vieles mehr...
- ein gebührenfreies Studium
- faire Praktika

Als im vergangenen Oktober die Bundeskanzlerin zum Bildungsgipfel nach Dresden lud, waren die Hoffnungen groß. Endlich schien erkannt, dass Bildung nicht irgendein Thema im politischen Kosmos, sondern das Thema in der Republik ist. Es wurde also gegipfelt in Dresden. Man sprach von der „Bildungsrepublik“, von entscheidenden Durchbrüchen und vor allem von viel Geld für Bildung. Ein gutes halbes Jahr ist nun vergangen. Was bleibt? Außer Spesen nichts gewesen?

Die Frage drängt sich nach wie vor auf: Wie sollen all die Baustellen wie Bildungsgerechtigkeit, Akademikermangel und Fachkräftemangel, Studienplatzchaos, energetisch ineffizienter Hochschulbau oder misslungener Bologna-Prozess behoben werden?

Neue Konzepte und Ideen sind dringender denn je gefragt. Auch wenn all dies vor dem Hintergrund der Finanzkrise winzig erscheinen mag, wird ohne eine nachhaltige Bildungspolitik nur an den Symptomen gekurt. Die eigentlichen Ursachen bleiben unberücksichtigt. In-

Neue Wege sucht das Land

Von Tom Münster

Investitionen in Bildung bedeuten aber Ursachenbehandlung und nicht Symptomkur - auch wenn letztere sich politisch besser vermarkten lässt.

Wer Kritik übt, darf die Alternativen nicht vergessen! Es geht um eine Neuausrichtung der Bildungspolitik. Ausgaben in diesem Bereich müssen zukünftig als

„Investitionen“ behandelt werden. Der bald auslaufende Solidaritätszuschlag soll in einen „Bildungssoli“ umgewandelt werden.

Die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern müssen neu geregelt werden.

Das ZVS-Bewerber-Chaos als Folge der Föderalismusreform I zeigt, dass es so nicht funktioniert.

Das Ende der Studiengebühren darf mit Hessen nicht nur eingeläutet, sondern es muss bundesweit umgesetzt werden. Die Bologna-Reform wird nur Früchte tragen, wenn die Anwesenheitspflicht und der

Prüfungsmarathon beendet sind. Studienplätze müssen zukünftig nach OECD-Durchschnitt finanziert werden. Nur so wird das Betreuungsverhältnis auf ein funktionstüchtiges Niveau gebracht.

All dies und noch viel mehr steht an! Dabei geht es nicht um irgendwelche träumerischen Utopien, sondern um die konkrete Frage nach der wertvollsten Ressource unserer Gesellschaft: die Gehirne (Köpfe) unserer Bürgerinnen und Bürger.

Die Zeitung, die ihr nun in den Händen haltet, will einen Einblick geben in Erfahrungen, Gedanken und Ideen aus der Welt der Grünen Hochschulgruppen. Abschließend sind unsere Ideen nicht, sondern immer eine Aufforderung zum Weiterdiskutieren. Wir freuen uns darauf.

Werbung an der Uni

Die Universität, ein ganz normaler Ort?

Überall in unserer Gesellschaft werden wir massiv mit Werbung bombardiert. Egal wohin wir gucken, egal über welche Medien wir kommunizieren, Werbung ist schon da. Dies gilt auch für die Universität.

Massenweise Plakate in den Mensen, Stände auf dem Campus und in den Gebäuden - es gehört fast wie selbstverständlich zur Universität.

Werbung ist Konsumterror für die einen, eine nützliche Einnahmequelle für die anderen.

Wir könnten große Werbeslogans auf die Häuserwände schreiben, die Hörsäle umbenennen und die Fläche einzelner Plätze in Vorlesungssälen meistbietend versteigern. Die Universität könnte sogar die Adressen der Studierenden verkaufen. Warum benennen wir uns nicht um in Aldi-Nord Universität? Mit dem Geld könnten wir z.B. die Lehre verbessern.

Zum Glück ist dies noch nicht alles wahr geworden, aber die Kommerzialisierung der Uni-

versität wird von immer mehr Universitätsangehörigen als eine Art natürlicher Prozess angesehen. Das ist sie aber nicht. Es ist eine bewusste Entscheidung, den Campus den Gewinninteressen von Unternehmen zugänglich zu machen.

Es gibt von der Universität Hamburg eine zu diesem Zweck gegründete Uni Marketing GmbH, die zur Aufgabe die „Campus Promotion“ hat und Werbemöglichkeiten an der Universität anpreist. Studierende sind laut der Uni Marketing GmbH:

- „jung, gebildet, neugierig
- Trendsetter und Multiplikatoren
- anspruchsvoll, karriere- und genussorientiert
- Besserverdiener von morgen
- und haben ein relevantes frei verfügbares Einkommen“
- „Studierende sind karriereorientiert und werden in Zukunft wichtige und gut bezahlte Positionen besetzen. Sichern Sie sich schon jetzt die jungen Erfolgsgereichen als Kunden!“

Neben den oben aufgezählten Möglichkeiten bietet die Universität Unternehmen u.a. an. Flyer bei der Sendung des Semesterkittels beizulegen, bei der Erstsemesterbegrüßung im Audimax zu werben oder ein Banner auf der Homepage zu platzieren.

Doch bekanntlich ist nicht alles Gold, was glänzt. Auch wenn mit Geld die Bedingungen an der Uni verbessert werden können, müssen doch weitere Aspekte abgewogen werden. Wer Werbung macht, ist von den Werbenden abhängig (dies gilt auch für Drittmittel in der Forschung). Diese haben immer die Möglichkeit, mit dem Abzug der Gelder zu drohen - und wer beißt schon gerne die Hand, die einen füttert.

Wenn es sich dabei um ein paar blöde Plakate handelt, mag dies auf den ersten Blick unbedenklich erscheinen, ist es aber nicht. Die Universität ist nicht irgendein öffentlicher Ort, sondern ein Ort, der einzig der Forschung und der Lehre dienen soll. Interessen von Werbetreibenden haben hier nichts zu suchen.

Daniel, CampusGrün Hamburg

Zentraler Zugang zur Uni? Die Renaissance der ZVS

Eine Zu- oder Absage der Universität entscheidet häufig über die weitere Lebensplanung junger Menschen (die Tatsache, dass die Zugangsmöglichkeiten von nicht-Abiturienten zur Uni eh viel zu eingeschränkt sind, sei hier außen vor gelassen). Daher liegt es nahe, sich an mehreren Universitäten gleichzeitig zu bewerben, um die Chancen zu erhöhen.

Beim Nachrücken der Studienplatzaspiranten bleiben Schätzungen zu Folge 20% aller Plätze unbesetzt.

Die Strategie der Mehrfachbewerbungen stellt die Uni vor beträchtliche Schwierigkeiten, den Bewerbern fristgemäß eine Zusage zu erteilen. Künftige Studienanfänger erhalten oft mehrfache Zulassungen, von denen sie nur eine annehmen. Von den nicht angetretenen Studiengängen treten sie häufig nicht oder erst sehr spät zurück. Die Konsequenz ist, dass die Universitäten glauben, ihre Kapazitäten ausgeschöpft zu haben, doch werden sie eines besseren belehrt, sobald ein Teil der erwarteten Erstsemester

ausbleibt. Beim Nachrücken der Studienplatzaspiranten bleiben Schätzungen zu Folge 20% aller Plätze unbesetzt - ausgerechnet in besonders stark nachgefragten Studiengängen!

Ein weiteres Problem ist, dass verspätet zugelassene Studienanfänger wesentlichen Nachteilen ausgesetzt sind. Verpasst der Erstsemester eines Bachelor Studienganges den Einstieg in gewisse Module, verlängert sich das Studium teilweise um ein ganzes Jahr.

Die Politik hat dieses Problem erkannt und die Zentralstelle für Vergabe von Studienplätzen (ZVS) erlebt eine Renaissance unter neuem Namen. Nachdem die Kompetenzen der ZVS in der Vergangenheit reduziert wurden, plant nun die Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) in Zusammenarbeit mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und der Kultus-

Fortsetzung auf Seite 4

Bild: FreePress / Daniel Blüch / CampusGrün Hamburg, CC-BY-SA

OpenAccess Freier Zugang zu Wissen

Wissenschaft dient dem Erkenntnisgewinn, dafür ist es unerlässlich, dass Forschungsergebnisse publiziert werden.

Nur so können sie von anderen Wissenschaftlern als Grundlage für die weitere Arbeit genommen, oder zum Gegenstand von Kritik und Falsifikation werden.

Die Verlage organisieren üblicherweise ein sogenanntes Peer-Review Verfahren: eingereichte Artikel werden von fachnahen Gutachtern im Hinblick auf die angewendeten Methoden und ihre Originalität einer Überprüfung unterzogen - und erst, wenn sie dieser standhalten, publiziert.

Der Staat bezahlt also gleich drei mal für die Forschung:

Er zahlt erstens die Wissenschaftler, die die Forschung durchführen und die Paper schreiben, zweitens zahlt er andere Wissenschaftler, die erstere im Auftrag der Verlage begutachten und letztlich finanziert er den Kauf der Zeitschriften, um sie Wissenschaftlern und Studierenden zur Verfügung zu stellen. Die Exklusivrechte an den Artikeln verbleiben natürlich bei den Verlagen, eine anderweitige Veröffentlichung durch die Autoren ist ausgeschlossen.

Die Verlage stellen die Zeitschriften längst nicht mehr nur in Papierform, sondern auch digital im Internet zur Verfügung. Diesen Dienst lassen sich die Verlage aber natürlich bezahlen, entweder muss pro heruntergeladenem Artikel gezahlt werden, oder eine ganze Hochschule entrichtet einen fünfstelligen Betrag für den Zugang zu so einer Datenbank.

Öffentliche Mittel sind knapp und die Preise der Verlage steigen, weshalb Zeitschriften und Datenbanken oft nicht verfügbar sind.

An der Uni Hamburg ist dies deutlich zu spüren, viele Studierenden suchen regelmäßig die besser ausgestatteten Bibliotheken der Bundeswehr Universität oder der TU Harburg auf. Im schlimmsten Fall ist ein Artikel, der für eine Seminar- oder Abschlussarbeit benötigt wird,

einfach nicht verfügbar. Auf die Dauer leidet darunter die Qualität der Ergebnisse.

Die Idee von OpenAccess ist, dass Forschungsergebnisse für die Gesellschaft als Ganzes frei zugänglich sein sollen.

Seit es das Internet gibt, ist es technisch und finanziell kein Problem mehr jede Information verfügbar zu machen. Der übliche Einwand an dieser Stelle ist, dass dann keinerlei Ausschüttung mehr statt findet und die Archivierung der Informationen nicht sichergestellt ist. Aber es gibt weitere Gründe, die Wissenschaftler von OpenAccess abhalten: Bei der Berufung auf Professorenstellen sind vor allem zwei Dinge wichtig: die Anzahl der Publikationen und die Reputation der Zeitschriften. OpenAccess Publikationen werden hier nicht berücksichtigt.

Ein Ansatz ist das sogenannte **Author-Pays Modell**, die Publikation wird wie gehabt über einen Verlag publiziert, allerdings wird dieser Artikel in der Internetdatenbank freigeschaltet, d.h. es kann auf ihn unentgeltlich zugegriffen werden. Dies kommt vor allem bei drittmittefinanziert Forschung zum tragen, wenn der Drittmittelgeber Wert auf OpenAccess legt, sodass ein Teil der Projektmittel für das „Freikaufen“ der Ergebnisse bei Seite gelegt werden kann.

Ein anderer Ansatz besteht darin, dass die Hochschulen kooperieren und eigene Verlage aufbauen, wie u.a. mit der „German Academic Publishers“ Initiative, an der auch die Uni Hamburg beteiligt ist.

Zu OpenAccess in der Lehre findet jedoch kaum eine Diskussion statt.

Und die bestehenden Möglichkeiten werden nicht genutzt. Über STINE sind die meisten Materialien ausschließlich für die zur jeweiligen Lehrveranstaltung angemeldeten Studierenden zugänglich. Dabei könnten davon gerade die Universität und die Lehrenden profitieren, denn mit 9 Semesterwochenstunden Lehrdeputat ist es für Professoren nicht möglich, für jede Veranstaltung Materialien zu erstellen. Wenn bereits gute Materialien

vorliegen ist dies auch gar nicht notwendig. Problematisch ist, dass das restriktive Urheberrecht beispielsweise nur dann erlaubt, fremde Abbildungen in Lehrmaterialien zu verwenden, solange diese nur den Kursteilnehmern zugänglich gemacht werden. Wenn aber eine kritische Masse an Material unter z.B. Creative Commons Lizenzen zur Verfügung steht, braucht nicht jeder das Rad neu erfinden. Stattdessen könnte man sich darauf beschränken, Materialien und Veröffentlichungen zu verbessern. Darüber hinaus können auch Forschungsergebnisse und Software, die im Rahmen von Forschungsprojekten entwickelt wurde, zu Lehrzwecken eingesetzt werden, wenn sie unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden. Als positive Konsequenz könnten die Studierenden einen größeren Fundus an Lehrmaterialien nutzen - um verschiedene didaktische Konzepte, Meinungen und Sichtweisen zu einem Thema kennen zu lernen.

Martin, CampusGrün Hamburg

Was hat die HaSpa an der Uni-Hamburg zu sagen? Oder: Wer bestimmt eigentlich, was in unserer Uni passiert?

Nicht erst seit die Hamburger Sparkasse eine Filiale direkt auf dem Campus eröffnet hat wird deutlich, wie stark die Universität kommerzialisiert wird. Ein Beispiel dafür ist der Hochschulrat mit seinen Mitgliedern.

Was hat die HaSpa an der Uni-Hamburg zu sagen? Oder: Wer bestimmt eigentlich, was in unserer Uni passiert?

Nicht erst seit die Hamburger Sparkasse eine Filiale direkt auf dem Campus eröffnet hat wird deutlich, wie stark die Universität kommerzialisiert wird. Ein Beispiel dafür ist der Hochschulrat mit seinen Mitgliedern.

Der allseits beliebte Wissenschaftssenator a.D. Dräger legte 2004 einen Entwurf für ein Hochschulmodernisierungsgesetz vor, der die Abschaffung des Großen Senats vorschlug und die Rechte des Präsidenten gegenüber der Uni stärkte.

Trotz Protestes an den Hochschulen und des einstimmigen Beschlusses des Großen Senats an den damaligen Universitätspräsidenten Lütjhe, nicht gegen die Interessen der Universität zu handeln, wurde die sogenannte

Dohnany-Kommission eingesetzt und präsentierte alsbald ihre Ergebnisse: Eine Einschränkung, ja Abschaffung der universitären Selbstverwaltung, sowie eine Reduzierung des Mitspracherechtes studentischer Vertreter an den Entscheidungen der Universität - Entwicklungen, die zum heutigen Zustand führten.

Neben der akademischen Selbstverwaltung gibt es den Hochschulrat.

Der Hochschulrat besteht aus neun Mitgliedern, vier davon werden vom Hamburger Senat bestimmt. Dies entspricht einem faktischen Vetorecht und ist damit der Tod der universitären Selbstverwaltung. Aber nicht nur der Einfluss der Politik auf den Hochschulrat ist kritisch, sondern auch bei den Mitgliedern ist fraglich, welchen Bezug sie zu der Universität Hamburg haben und welche Interessen sie verfolgen.

Nun wäre das alles nicht so schlimm, könnte man meinen, schließlich soll sich eine Universität ja mit der Gesellschaft vernetzen. Doch erstens besteht die Gesellschaft nicht nur aus der Wirtschaft und zweitens geht es beim Hochschulrat nicht um Vernetzung. Die Universität beschrieb auf ihrer Homepage die Aufgabe so: „Zentrale Aufgabe des Gremiums ist die strategische Steuerung der Hochschule.“ Das ist eine Aufgabe, die den Universitätsangehörigen vorbehalten bleiben muss. Wenn diese Aufgabe einem Gremium überlassen wird, dass darüber hinaus von der Politik ernannt wird, dann ist damit neben der akademischen Selbstverwaltung auch die Unabhängigkeit der Universität als Ganzes mindestens bedroht.

Vier weitere Mitglieder werden vom Akademischen Senat bestimmt. Studenten sind im Hochschulrat nicht vertreten, von studentischer Mitbestimmung bei der „strategischen Steuerung“ lässt sich also kaum reden. Auch wann und wo Sitzungen des Hochschulrates stattfinden, bleibt im Verborgen. Beschlüsse werden gefasst und ohne weitere Diskussion umgesetzt. Dies bescherte uns z.B. unser Studierendenkontrollsystem STINE.

Wir fordern eine Abschaffung des Hochschulrates, da Entscheidungen, welche die Hochschulen betreffen auch von den Menschen getroffen werden müssen, die die Hochschule bilden - den Mitarbeitern, Professorinnen und den Studierenden an der Universität.

Daniel, CampusGrün Hamburg

Vom Hamburger Senat wurden folgende Mitglieder für den Hochschulrat ernannt:

Maria von Welsler,

bekannt geworden ist sie 1988 als Moderatorin des Frauenjournals Mona Lisa, 2001 wurde sie Leiterin des ZDF-Studios in London, wechselte jedoch schon 2003 an die Spitze des Landesstudios Hamburg vom NDR. Diese Tätigkeit ist das Einzige, was die gebürtige Münchenerin mit der Stadt Hamburg verbindet. Ihr Bezug zur Universität vor der Ernennung zum Mitglied des Hochschulrates ist unbekannt.

Johann C. Lindenberg,

ehemaliger Vorsitzender der Geschäftsführung der Unilever Deutschland GmbH und Vorsitzender des Landeskuratoriums Hamburg/Schleswig-Holstein des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. „Aufsichtsratsmandate sammelt Lindenberg wie andere Leute Münzen“, so smart wird Herr Lindenberg im Managermagazin beschrieben. Neben seiner

Tätigkeit im Hochschulrat sitzt Lindenberg im Aufsichtsrat von Gruener + Jahr und bei Esso Deutschland, Hamburg Messe GmbH, Bau KG (Elbphilharmonie), der J.J. Darboven Holding, teilweise auch als Aufsichtsratsvorsitzender.

Wie sich ein solcher Mensch neben diesen Mandaten um die Belange eines so komplexen Gebietes wie der Hamburger Universität kümmern will, geschweige denn, sie verstehen will, ist fraglich.

Dr. Harald Vogelsang,

Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG (HASPA) und der Finanzholding der HASPA, Mitglied im Plenum der Handelskammer Hamburg.

Auch wenn die HASPA auf ihrer Homepage groß auf ihr gesellschaftliches Engagement hinweist und 1827 als Armenparkasse gegründet wurde, ist die HASPA eine der wenigen

deutschen Sparkassen, die als Aktiengesellschaft operiert. Es ist wohl unstrittig, an welchen Studienfächern einem solchen Betrieb mehr gelegen ist und welche mit Vernachlässigung (z.B. Erziehungswissenschaften) zu rechnen haben.

Prof. Dr. Dr.-h.c. Erika Fischer-Lichte,

Theaterwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin. Sie war außerdem Mitglied des Wissenschaftsrates, des Senats und des Hauptausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Ist es nicht eine Ironie des Schicksals, dass Mitgliedern der FU Berlin Kompetenzen bei der Steuerung der Universität Hamburg gegeben werden? Sieht nicht gerade die Uni-Präsidentin andere Universitäten als Konkurrenz im Kampf um Drittmittel und Köpfe an?



Zentraler Zugang zur Uni? Die Renaissance der ZVS

Fortsetzung von Seite 1

ministerkonferenz (KMK), die ZVS für rund 15 Millionen Euro in eine Serviceeinrichtung mit dem Titel „Stiftung für Hochschulzulassung“ zu verwandeln. Als zentrale Anlaufstelle für Bewerber soll die Stiftung mit einem digitalen System die Daten der Bewerber abgleichen und die Zulassung beschleunigen. Die Software dafür wird von dem Berliner Frauenhofer Institut für Rechnerarchitektur und Softwaretechnik entwickelt.

Doch bevor die neue Serviceeinrichtung ist, allein die Softwareentwicklung wird bis in das nächste Jahr hinein reichen, soll für den Herbst dieses Jahres eine Zwischenlösung gefunden werden.

Mit der „Hamburger Initiative“, einem Zusammenschluss verschiedener Universitäten, wird vom 7. bis zum 14. August 2009 der Versand der Zulassungsbescheide vereinheitlicht.

Offene Studienplätze verschiedener Universitäten sollen anschließend in einer „Chancenbörse“ bekannt gegeben werden.

Die Universitätspräsidentin Auweter-Kurz sieht für Hamburg keinen Bedarf an einer zentralen Vergabestelle für Studienplätze, da das Campus Management

Die ZVS ist abgeschafft worden mit der Forderung nach mehr Hochschulautonomie.

System „STINE“ Hamburg bestens für den Umgang mit dem Phänomen der Mehrfachbewerbung aufstelle. Die Einrichtung einer zentralen Serviceeinrichtung bezeichnet sie als teuer und überflüssig. Vertreter der Johannes Gutenberg Universität in Mainz und der Ludwig-Maximilians-Universität in München sehen diesen Zusammenschluss der Hamburger Initiative hingegen nicht als Gegenmodell zur ZVS. So soll weiterhin an dem Ausbau der ZVS festgehalten werden.

Die webbasierte zentrale Erfassung aller Studienplatzbewerber wirft die Frage nach Datenschutz und -sicherheit auf. Noch ist unklar, welche Verwendung die Daten über die Vermittlung der Studienplätze hinaus finden werden und wer darauf Zugriff haben wird.

Die ZVS ist abgeschafft worden mit der Forderung nach mehr Hochschulautonomie - die Hochschulen „sollen sich ihre Studierenden selbst aussuchen“ können. Doch wie sieht dieses „selbst aussuchen“ in der Praxis aus? Zwar sind Auswahlgespräche inzwischen rechtlich möglich, aber dafür müsste die Uni bei den aktuellen Bewerberzahlen maßgeblichen Aufwand betreiben, ohne dass hierfür Mittel zur Verfügung stehen. Andererseits ist das alte ZVS Verfahren für Studienbewerber sehr intransparent - es gibt wenige Möglichkeiten „sich die Uni selbst aussuchen“.

Ingo, CampusGrün Hamburg

Campusgrün - Das Bündnis

Campusgrün ist der Dachverband der grünen und grün-nahen Gruppen an den Hochschulen in Deutschland mit zur Zeit ca. 42 Mitgliedsgruppen. Der Grünen Partei steht das Bündnis inhaltlich nahe, ist jedoch strukturell unabhängig. Die Mitgliedsgruppen sind über die Beteiligung an



Ästen oder über Senate, Konzile und Konvente an der aktiven Hochschulpolitik beteiligt.

Der Austausch zwischen den Gruppen vor Ort ist eine der zentralen Aufgaben von Campusgrün, da dies nicht nur den einzelnen Gruppen neue Ideen und Motivation geben kann, sondern auch den Forderungen der grünen Hochschulgruppen über die

eigene Hochschule hinaus mehr Gewicht verleiht.

Regelmäßig veranstaltet Campusgrün Seminare zu verschiedenen hochschulpolitischen Themen, die auch die Möglichkeit bieten sich mit Aktiven von anderen Hochschulen auszutauschen.

Inhaltlich besteht die Arbeit aus einer Mischung von ökologischen und hochschulpolitischen Themen wie dem Kampf gegen Studiengebühren, BaFoG und Bildungsfinanzierung. Hier engagiert sich Campusgrün in lokalen und bundesweiten Projekten, bei denen oft auch mit unterschiedlichen anderen Studierendenverbänden, wie dem fsz oder den Jusos, zusammengearbeitet wird. Des Weiteren arbeitet Campusgrün mit der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen und steht in reger Debatte mit Bündnis 90/Die Grünen.

Zentrales Organ von Campusgrün sind die Mitgliederversammlungen, die zweimal jähr-

lich stattfinden. Dort wird der Bundesvorstand gewählt und es werden Positionen, Stellungnahmen, Projekte und vieles mehr vorbereitet, erarbeitet oder abgestimmt.

Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und setzt sich aus zwei SprecherInnen, einer/m Schatzmeisterin und sechs BeisitzerInnen zusammen.

Impressum

Die Zeitung **Campusgrün** wird herausgegeben in Zusammenarbeit mit **Campusgrün - Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen** Platz vor dem Neuen Tor 1 10115 Berlin www.campusgruen.de info@campusgruen.de

Konzeption, Organisation und V.i.S.d.P.: Alexander Follert, www.follert.de
Layout: Alexander Follert, das modul

Druck: Caro-Druck, Frankfurt am Main

Wir danken allen Autorinnen und Autoren